

Haushaltsrede 2025**17.12.2025**

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr stehen wir vor einem Haushaltsplan, der unsere Stadt vor enorme Herausforderungen stellt. Zwar fällt das **Jahresergebnis mit –20,5 Mio. €** im Ergebnishaushalt etwas besser aus als im Vorjahr, doch von Entwarnung kann keine Rede sein. Die finanzielle Situation unserer Stadt bleibt weiterhin angespannt.

Mit notwendigen Aufwendungen in Personal, Sach- und Dienstleistungen sowie Investitionen ergibt sich im **Finanzhaushalt ein Fehlbetrag von –25,8 Mio. €**

– ein deutliches Zeichen dafür, wie schwierig es für mittlerweile alle Kommunen im Land geworden ist, überhaupt noch in den Bereich eines ausgeglichenen Haushalts zu gelangen.

Diese Zahlen sind ja nicht das Ergebnis mangelnder Planung hier bei uns vor Ort, sondern die Folge einer strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Bund und Land übertragen immer neue Aufgaben – die finanzielle Verantwortung bleibt jedoch bei den Städten. Das ist auf Dauer nicht tragfähig.

Mit geplanten **39,5 Mio. € an Investitionen** stemmen wir erneut ein Programm, das in erster Linie Pflichtaufgaben umfasst. Von freiwilligen Wünschen kann hier längst keine Rede mehr sein.

Unsere **Prioritätenliste im Hochbau** zeigt überdeutlich, wie groß der Sanierungs-, Modernisierungs- und Investitionsdruck geworden ist. Sie umfasst unter anderem:

- die Sanierung der Basberg- / Niels-Stensen-Schule inklusive Umbau zu Ganztagschulen
- den Umbau der Grundschule Afferde sowie aller übrigen Hamelner Grundschulen zur Vorbereitung auf den Ganzttag ab dem kommenden Schuljahr.
Hier stehen besonders die dringend notwendigen Umbauten im Vordergrund, damit neue Küchenzeilen und Flächen zur Essensausgabe sowie kreative Raumlösungen in den Schulen geschaffen werden, die möglichst kostengünstig eine Art „Mensa“ für die Schülerinnen und Schüler darstellen sollen.

In kaum einer Hamelner Schule sind diese Räumlichkeiten bisher in optimaler Weise vorhanden, überall ist es eng, nirgends sind Räume übrig, die schnell für viele Kinder nutzbar gemacht werden könnten.

Als weitere Hochbauprioritäten sind für 2026 geplant

- der Neubau des Feuerwehrhauses in Klein Berkel
- eine neue Heizungsanlage und die Renovierung der Personalräume am Friedhof Wehl,
- der Neubau der KiTa Tündern,
- ein Modernisierungskonzept für die Rattenfängerhalle,
- der Brandschutz an der Theodor-Heuss-Realschule/ IGS West
- die Planungen zum Schulzentrum Süd
- der Umbau der KiTa „Waldmäuse“ am Finkenborn
- ein Konzept zur Nachnutzung des Hochzeitshauses
- die Einrichtung einer inklusiven öffentlichen Toilettenanlage am Kopmanshof
- sowie schließlich noch der Abriss der Wesermühle.

All diese Maßnahmen sind aus Sicht der CDU-Fraktion notwendig, fachlich begründet und richtig priorisiert. Alle Beteiligten wünschen sich, dass die Maßnahmen im kommenden Jahr fortgesetzt und möglichst schnell abgeschlossen werden.

Dies alles sind Maßnahmen, die nicht aufgeschoben werden können, und sie zeigen, wie sehr unsere Verwaltung – insbesondere der Fachbereich Hochbau – seit Jahren an der Belastungsgrenze arbeitet.

Deshalb braucht es Vertrauen in die Expertise der Verwaltung und weniger politische Detailversessenheit durch einzelne Fraktionen, die meinen, jeden Pflasterstein noch persönlich kontrollieren zu müssen.

Es fällt außerdem nicht nur uns als Oppositionsfraktion, sondern auch der Presse – und somit der Öffentlichkeit – in den vergangenen Wochen zunehmend auf, dass die Gruppe der SPD/ Bündnis 90, Die Grünen/ Die Linke mit ihren Beschlüssen nach kurzfristig eingereichten Anträgen und Tischvorlagen in besonderem Maße plötzlich **neue „Dringlichkeiten“** erkennt.

Bereits lange festgesetzte Prioritäten werden in ihrem eigenen Interesse verschoben und schließlich mehrheitlich beschlossen, obwohl verwaltungsseits und auch seitens der übrigen Ratsfraktionen mehrfach mit sachlichen und finanziellen Bedenken sehr kritisch - auch hinsichtlich der möglichen Umsetzbarkeit - argumentiert wurde.

Hervorzuheben ist hier im Bereich Hochbau der kurzfristig als „dringend notwendig“ deklarierte Bau einer **Mensa an der Grundschule Halvestorf**, obwohl mehrere andere Schulen in der Stadt seit Jahren den gleichen Bedarf angemeldet haben und alle Grundschulen ab Sommer sogar die 3-5-fache Anzahl an Schülerinnen und Schülern mittags versorgen müssen.

Hier wurde nun zur Kompensation der Kosten und der vorgezogenen Planungsleistung ein Vorschlag der Gruppe eingebracht, der die Verschiebung des Umbaus der KiTa „Altstadtmäuse“ vorsieht – völlig ohne Rücksicht auf die bereits erfolgte Planung, die Verpflichtungen gegenüber den Eltern und die damit verbundene Verschiebung der künftigen Nutzung des Gebäudes.

Dieses Gebäude an der Alten Marktstraße kann also nicht, wie geplant, nach dem Umbau schon bald wieder als KiTa genutzt werden, sondern die künftigen KiTa-Kinder aus Hamelns Innenstadt verbringen bis 2028 noch mindestens zwei weitere Jahre in Ein-Gruppen-Containern in anderen KiTas.

Unerwähnt darf hierbei auch nicht bleiben, dass durch das kurzfristige Halvestorfer „Mensa-Wahlgeschenk“ in Hameln Containermietkosten in Höhe von 290.000€ pro Jahr entstehen, die so nicht im Haushalt eingeplant waren.

Unser Änderungsantrag dazu, in dem wir eine Gegenüberstellung aller Hamelner Grundschulen und eine Priorisierung hinsichtlich ihres aktuellen Bedarfs beantragt haben, wurde – natürlich – von der rot-grün-roten Gruppe abgelehnt.

Dabei lernt man doch schon als Kind, sich in einer Reihe anzustellen und abzuwarten, bis man „dran“ ist.

Es ist ein gesellschaftliches Prinzip, dass man trotz eigener Wünsche auch die Bedürfnisse derer achtet, die ebenfalls in der Schlange anstehen, und sich nicht einfach vordrängelt, nur weil man stärker ist.

Trotz mancher Differenzen gibt es aber auch wichtige Entscheidungen zum Haushalt, die wir gemeinsam getroffen haben und die wir als CDU-Fraktion ausdrücklich unterstützen.

Dazu gehören:

- der Verzicht auf die Einführung einer **Verpackungssteuer**, denn mehr Bürokratie, neue Belastungen für Handel und Gastronomie und ein fraglicher Nutzen wären der falsche Weg gewesen.
- die moderate Anhebung der **Hundesteuer** und der **Jahresgebühr der Stadtbücherei**,
- die **Stärkung der Kultur** in unserer Stadt – hier sind insbesondere der Kunstkreis, die Künstlergruppe Arche, Hamelner Chöre und Kirchenmusikprojekte zu nennen sowie die erneute Unterstützung der Sumpflume mit 10.000€ monatlich – zunächst allerdings nur für die Jahre 2026 und 2027. Der Geschäftsführer Herr Roccio wird dazu im Kulturausschuss über den jeweiligen Sachstand berichten.
- der dauerhafte Erhalt der Mittel der Personalabteilung zur **Wertschätzung** der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Höhe von 5.000€, den wir mit unserem Antrag anstatt einer kompletten Streichung umsetzen können.

Wie alle Fraktionen sehen wir es positiv,

- dass für den **Umzug des Museumsdepots** recht schnell eine neue Räumlichkeit gefunden wurde,
- dass die Bereitstellung finanzieller Mittel für die neu eingerichtete **Kinder- und Jugendkonferenz**,
- die Fortführung der **Tauchergruppe** der Hamelner Feuerwehr und

- die Anpassung der **Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Mitarbeit** in städtischen Einrichtungen mit einer überfälligen Aktualisierung der Satzung von allen Fraktionen gemeinsam entschieden wurde.

Wir unterstützen gemeinsam die Anträge aller Hamelner Grundschulen zur **Umwandlung in Ganztagsschulen** ab August 2026 – verbunden mit der Einrichtung einer neuen städtischen Koordinierungsstelle für die außerschulischen Angebote sowie der personellen und finanziellen Unterstützung der Ganztagsangebote – gemäß des seit vielen Jahren erfolgreichen Hamelner Rahmenkonzepts zur „Ganztagsbildung in Hameln“.

Gleichzeitig nehmen wir auch die Einrichtung von **zwei „Regio-Hubs“** in unserer Stadt wohlwollend zur Kenntnis und hoffen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger diese Angebote in der Stadtbücherei und im Bürgerhaus in Afferde ebenso wohlwollend annehmen und diese beiden 3. Orte aktiv zur digitalen Teilhabe nutzen.

Mit der **Grundsteuerreform** zum 1. Januar 2025 haben wir bereits im vergangenen Jahr den Beschluss gefasst, die Grundsteuern A und B aufkommensneutral auszugleichen – so, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist.

Durch zahlreiche Widersprüche gegen die neuen Bescheide sind jedoch rund 500.000 € an geplanten Einnahmen kurzfristig entfallen. Außerdem ist seit der letzten Grundsteuererhöhung im Jahr 2020 der Baupreisindiz für Ingenieurbau „Straßen“ erheblich gestiegen.

Die Verwaltung hat daraufhin eine moderate Anpassung der Grundsteuern um insgesamt rund 6,4 % zum 1.1.2027 vorgeschlagen. Das bedeutet z. B. für ein durchschnittliches Einfamilienhaus eine Mehrbelastung von etwa 50 € im Jahr – und städtische Mehreinnahmen von rund 1,5 Mio. €

Das ist kein populärer Schritt, aber ein notwendiger, transparenter und ehrlicher. Die CDU-Fraktion trägt diese Entscheidung mehrheitlich mit.

Wir stimmen auch den pragmatischen **Klimaschutzmaßnahmen** zu

- und erhöhen die Finanzierung für den „Tag der Umwelt“
- unterstützen die für 2 Jahre befristete Förderung energetischer Sanierungen an Wohngebäuden
- wollen auch die „klimafreundliche Mobilität“ in Hameln sowie
- Batteriespeicher bei Balkonsolaranlagen fördern.

Wir lehnen jedoch Anträge und Vorlagen ab, die reines „**Nice to have**“ sind, und haben eigene Anträge zur Einsparung städtischer Finanzen gestellt:

So ist aus unserer Sicht die **Fahrradquerung Mollerstraße** zum Ada-Lessing-Campus zurzeit noch nicht dringend notwendig und könnte zeitlich verschoben werden, bis der Campus weiter erschlossen und bebaut wird.

In der Nähe sind Radwege vorhanden und gut und sicher befahrbar. Durch eine Verschiebung könnten im Haushalt 2026 250.000 € gespart werden.

Des Weiteren ist die Erstellung eines **Radwegemodernisierungskonzepts** im Haushaltsplanentwurf mit 550.000€ eingestellt. Auch hier könnten davon 350.000 € in das Jahr 2027 geschoben werden, denn die neu besetzte Stelle des Radwegplaners würde mit 200.000 € im ersten Jahr wahrscheinlich erstmal auskommen.

Die rot-grün-rote Gruppe möchte aber im kommenden Jahr gerne mehr als eine halbe Million € für ein Radweg-**Konzept** zur Verfügung stellen und wird unseren Antrag somit voraussichtlich ablehnen.

- „Nice to have“, aber angesichts der aktuellen Haushaltslage jetzt nicht finanzierbar, ist die von der SPD/Grünen/Linke-Gruppe beantragte **Fahrradbrücke über die Weser**. Hier stehen aus Sicht der CDU-Fraktion Kosten und Nutzen in keinem akzeptablen Verhältnis zueinander. Die nächste Weserbrücke ist nicht weit entfernt und besonders mit dem Fahrrad schnell zu erreichen. Eine weitere Weserquerung für Fußgänger und Radfahrer ist immer wünschenswert, aber zurzeit gibt es wichtigere Prioritäten bei der Verkehrsplanung in Hameln.
- Für die schnelle Planung und Umsetzung ihrer Idee plant die Gruppe dazu noch einen besonderen Coup, denn sie nimmt die Gelder des Haushaltsüberschusses des Landes, die sog. **KIP 3-Mittel** in Höhe von 2,5 Mio. €, die bereits für das laufende Projekt „Lebendige Zentren – Altstadt und Weserufer/ Europaplatz“ im Rahmen des ISEK 2030 eingeplant sind, und stellt sie für die Finanzierung der „Fahrradbrücke Nord“ ein.

Das ist schon wirklich ein harter Schlag gegen die Planungen der Verwaltungsabteilungen – und auch gegen bisherige Ratsbeschlüsse!

Die finanziellen Mittel einer bereits beschlossenen und begonnenen Maßnahme werden kurzfristig umgeschichtet in ein Prestige-Projekt der Mehrheitsgruppe!

Ähnlich sieht es auch mit dem „**Feldversuch**“ an **164er Ring** aus:

Die rot-grün-rote Gruppe will eine sechsmonatige Straßensperrung eines Teils des viel befahrenen 164er-Rings „ausprobieren“ und die Folgen abwarten.

Wir wissen, dass bereits Hunderte von Unterschriften bei den Betrieben und den Anwohnern des Scharnhorstgeländes und der Falkestraße gegen den „Versuch“ gesammelt wurden und sehen in diesem Plan einen viel zu leichtfertigen Umgang mit den negativen Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Unternehmen und Betriebe in diesem Stadtviertel - und eine große Beeinträchtigung für alle Verkehrsteilnehmer über die Dauer von sechs Monaten – ohne sachlichen Anlass!

Der Änderungsantrag unserer Fraktion zur Verschiebung der Sperrung bis zur anstehenden Umbaumaßnahme der Rathaustiefgarage und die dann ohnehin notwendige Verlegung des Wochenmarktes und der Parkplätze wurde leider wieder mehrheitlich abgelehnt.

Aber man darf hoffen, dass sich die Hamelner Bürgerinnen und Bürger, die dieses Gebiet künftig umfahren müssen, die Folgen dieses rot-grünen „Versuchs“ bis zu ihrer Wahlentscheidung merken können. -

Unsere Hameln Marketing und Tourismus GmbH (**HMT**) beginnt das Jahr 2026 mit einer neuen Geschäftsführung und will ein neues kultur-touristisches Gesamtkonzept für unsere Stadt entwickeln. Die CDU-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass das Profil der Rattenfängerstadt sowohl für Einheimische als auch für die Touristen weiter gestärkt wird,

denn unsere Stadt, besonders unsere Innenstadt, die Gastronomie, die Hotels, die Geschäfte – also Hamelns Wirtschaft – lebt durch die Besucher.

Wir stimmen dem Zuschuss in Höhe von 1,6 Mio. € für 2026 zu und begleiten auch den möglichen Ausgleich für den Musical-Winter in Höhe von 200.000€ - beantragen hierfür aber die Belegung mit einem Sperrvermerk.

Mit dem **Sportentwicklungskonzept** wurde uns ein überzeugender externer Blick auf den Bereich „Sport“ in unserer Stadt präsentiert, der abschließend feststellte, dass Hameln insgesamt noch nicht sportfreundlich genug ist.

In dem Gutachten wurden u. a. auch die Sportplätze nach Sanierungsbedarf und Nutzen bewertet und die Umwandlung von Naturrasen- in Kunstrasenflächen an einigen Standorten empfohlen.

Der Antrag der Mehrheitsgruppe zur kurzfristigen Beantragung von Bundesfördermitteln zur „Sanierung kommunaler Sportstätten“ war daher eigentlich gut, wurde aber ganz offensichtlich für eigene Zwecke in zwei Ortsteilen genutzt, die im Konzept überhaupt nicht als dringlich benannt sind: Die Sportplätze in Halvestorf und Hastenbeck.

Die Verwaltung äußerte sich bereits im Fachausschuss sehr eindeutig zu dem rot-grünen Antrag und machte deutlich, dass die Planungen für die Sanierung der „Kampfbahn West“ bereits so weit vorbereitet seien, dass dafür eine Beantragung von Fördermitteln kurzfristig möglich sei.

Es sei aber in der Kürze der Zeit in den Abteilungen nicht leistbar und insgesamt nicht erfolgversprechend, mehrere Anträge einzureichen. Außerdem seien die Kosten für alle beantragten Maßnahmen auch gleichzeitig im Haushalt zu etatisieren – angesichts der Haushaltslage ebenfalls nicht zu empfehlen!

Der Änderungsantrag, den wir dazu gemeinsam mit der FDP und Frischem Wind/ Die Unabhängigen stellten, in dem wir die Beschränkung auf die Kampfbahn West als teuerste Maßnahme beantragten, wurde von der Gruppe abgelehnt, und nun werden somit alle drei Sportstätten beantragt und die Kosten von insgesamt rd. 5 Mio. € in unserem defizitären Haushalt zusätzlich eingestellt.

Wir werden nun alle abwarten, wie der Förderbescheid ausfällt und ob es in Hastenbeck oder Halvestorf jemals einen rot-grünen Kunstrasen geben wird.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt warten ebenfalls seit Jahren darauf, dass das Upnor-Gelände an der Weser endlich – wie lange versprochen – zur Freizeitnutzung geöffnet wird. Es liegen hierzu bereits anschauliche Entwürfe der Fachabteilung vor, die einen Zugang zur Weser ermöglichen, zu sportlichen Aktivitäten motivieren, Spaziergänge entlang des Wassers ermöglichen, den Weserradweg einbinden, ja, sogar neue Baumpflanzungen, eine teilweise Entsiegelung der Fläche und ein Naturlehrpfad sind vorgeschlagen! -

Es gibt Interessenten, die im Sommer in dem vorhandenen Gebäude eine Beach-Bar eröffnen wollen – und dennoch soll die Umsetzung auf Antrag der rot-grün-roten Gruppe noch für 3 weitere Jahre aufgeschoben werden, da zuerst die Fahrradbrücke geplant und gebaut werden soll.

Diese Verzögerungstaktik durch die Gruppe kann nicht akzeptiert werden, denn sie richtet sich völlig gegen den Bürgerwillen.

Die irgendwann zu nutzende Fahrradbrücke hat mit den aktuellen Planungen für das Upnor-Gelände nichts zu tun. Die Bürger warten seit Jahren – jetzt ist Zeit zu handeln!

Dem Antrag der Gruppe, einen neuen Standort für eine **zentrale Mensaküche** zu prüfen, stimmen wir zu, denn wir hoffen, dass für unseren früheren Antrag auf eine regionale Essenszubereitung für unsere Schülerinnen und Schüler endlich eine Lösung gefunden wird. Auch hier ist dringender Handlungsbedarf bis zum Start aller Grundschulen in den Ganztags!

Den Antrag der FDP zur Streichung der städtischen Ausgabe von „**Klimabäumen**“ lehnen wir ab, denn dieses Projekt wird von den Bürgern und Bürgerinnen sehr gut angenommen und sollte wie geplant weitergeführt werden. Die Kosten für Pflanzungen durch den Betriebshof wären ungleich höher und in den heimischen Gärten werden die Bäume von den Anwohnern weiter gepflegt und betreut.

Die Gruppe will die Kosten für **externe Beratungsleistungen** pauschal um 100.000€ reduzieren, was nach Aussage der Verwaltung nicht so ohne Weiteres möglich ist, da die Summe durch die Planung der Erstellung einzelner Gutachten in den Fachbereichen ermittelt wurde. Die CDU unterstützt diese pauschalen politischen Eingriffe in die Verwaltungsarbeit nicht.

Der Landkreis hat die gemeinsame Beschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeuges für **Sonderlöschmittel** bisher abgelehnt. Bis hier eine Klärung erfolgt ist, werden wir später zu der Vorlage einen Änderungsantrag stellen, die Summe mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Als gewählte Vertreterinnen und Vertreter unserer Bürgerinnen und Bürger nehmen wir eine Bürgerbeteiligung und die Wahrnehmung ihrer Interessen, Anregungen und Wünsche sehr ernst, aber einen eigenen **Bürger- und Bürgerinnenhaushalt** lehnen wir ab. Wir brauchen kein zusätzliches Gremium, um die einzelnen Wünsche und Kosten zu priorisieren und sie den einzelnen Fachbereichen zuzuordnen. Dafür haben die Bürger ihre politischen Vertreter und Vertreterinnen in den Ortsräten und im Stadtrat gewählt und jederzeit die Möglichkeit, sich direkt an sie zu wenden. Es ist dann unsere Aufgabe, die Anregungen und Wünsche ernst zu nehmen und sie demokratisch weiter zu tragen und politisch in den Ratsgremien zu beschließen.

Zu der kostenlosen Bereitstellung von **Menstruationsartikeln** in allen öffentlichen Toiletten und städtischen Gebäuden haben wir uns bereits 2020 ablehnend geäußert. Dass diese Vorlage jetzt erneut noch schnell vor der Kommunalwahl mit der Mehrheit beschlossen werden soll, kommentieren wir an dieser Stelle nicht.

Die **Fahrradquere über den Deisterfriedhof** hat in unserer Fraktion für lange Diskussionen gesorgt, so dass ich die spätere Abstimmung zu dieser Vorlage freigeben werde.

Sowohl eine Öffnung als auch die Beibehaltung der nächtlichen Schließung hat nachvollziehbare Vor- und Nachteile. In der Vorlage wird eine vorübergehende Begleitung durch einen Sicherheitsdienst aufgezeigt und wir sind sicher, dass die Stadtverwaltung reagieren wird, wenn es zu größeren Schäden oder Vorfällen auf dem Friedhof kommt.

Der vorgelegte **Stellenplan** der Verwaltung ist aus unserer Sicht realistisch und nachvollziehbar.

Zusätzlich gibt die Verwaltung für die Jahre 2027 und 2028 ein klares Ziel vor: keine neuen zusätzlichen Stellen. Alle Stellen wurden in den Fachabteilungen kritisch überprüft und auf das Notwendige begrenzt. Die Veränderungen sind sachlich begründet.

Die Anträge der SPD/ Grünen/ Linken zur Streichung einzelner Stellen wurden von der Verwaltung eindeutig und nachvollziehbar abgelehnt – aus unserer Sicht zu Recht. Wir werden dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

Zustimmen werden wir aber der aktiven Förderung der Quartiersarbeit in der Nord- und Südstadt durch hauptamtliche städtische Kräfte. Im Kuckuck wurde deutlich, wie wichtig eine verlässliche städtische Begleitung der Quartiersarbeit ist. Die notwendigen Stellen dafür sollen durch Umwidmungen geschaffen werden.

Auch der Mehrbedarf im Ganztagsbereich der Schulen wird überwiegend durch Umsetzung bestehenden Personals abgedeckt. Hier werden bereits Gespräche mit den Kräften der Nachmittagsbetreuungsgruppen geführt.

Gleichzeitig sind zahlreiche Stellen in den verschiedenen Fachbereichen trotz mehrfacher Ausschreibung weiterhin unbesetzt – der Fachkräftemangel ist Realität.

So bleibt die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität hinsichtlich der Stellenbesetzungen zwingend notwendig.

Dazu gehören moderne Arbeitsbedingungen – und dazu gehören letztlich auch klare Perspektiven für ein neues Rathaus. Die Planungen müssen fortgesetzt und zeitnah umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren,

die CDU-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung, dem Stellenplan und dem vorgelegten Haushaltssicherungskonzept zu.

Nicht, weil alles gut ist –

sondern weil wir auch in schwieriger Lage Verantwortung für die Weiterentwicklung unserer Stadt übernehmen.

Wir wünschen uns ein Jahr 2026, in dem fachliche Expertise mehr zählt als parteipolitische Ideologie.

Und ein Jahr, in dem Prioritäten nach dem tatsächlichem Bedarf in unserer Stadt gesetzt werden.

Vielen Dank.

Birgit Albrecht, Fraktionsvorsitzende
(Es gilt das gesprochene Wort)